

Zeitschrift: Widerspruch : Beiträge zu sozialistischer Politik
Band: 32 (2013)
Heft: 63

Artikel: Neoliberalisierung der Hochschulen : Analyse und Perspektiven für die Praxis
Autor: Dietschi, Andreas
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-652442>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 13.10.2024

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Neoliberalisierung der Hochschulen

Analyse und Perspektiven für die Praxis*

«Skandalbank neue Partnerin der Uni Zürich», titelte die *Zürcher Studierendenzeitung* im April 2012. Diese Zusammenarbeit lässt sich auf die aktuellen Entwicklungen an den Universitäten zurückführen: die schleichende Privatisierung verschiedener Lehrbereiche. Unter dem steigenden Druck, Drittmittel respektive Sponsoring-Gelder anzuwerben, erreicht das Sponsoring von Lehrstühlen in der Schweiz seit wenigen Jahren eine neue Qualität der Einflussnahme Privater. Hierzu zwei aktuelle Beispiele.

Schleichende Privatisierung der Universitäten?

Erstens der UBS-Vertrag mit der Universität Zürich (UZH) aus dem Jahr 2012. Entgegen den Zusicherungen verschiedener Akteure, dass das 100-Millionen-Franken-UBS-Sponsoring und das damit einhergehende neu gegründete Forschungszentrum UBS International Center of Economics in Society (UBS-Center) keinen Einfluss auf die Unabhängigkeit der UZH haben soll, sind bereits im Mai 2013 erste bedeutende Einflussnahmen sichtbar geworden. So schreibt *Die Zeit* vom 16. Mai 2013, dass für das Institut für Volkswirtschaftslehre ein neues zentralisiertes Doktorandenprogramm mit dem Namen «Swiss Graduate School of Economics» eingeführt würde. Diese Reform scheint im Zusammenhang mit dem UBS-Vertrag zu stehen, da sie im (geschwärzten) Vertrag ausdrücklich als Vertragsbedingung genannt wird. Zusätzlich wirkte auch der neue Geschäftsleiter des UBS-Forschungszentrums, Roman Studer, bei der Gründung der neuen Graduiertenschule bzw. des Doktorandenprogramms im Oktober 2012 mit, ohne dass er an der Universität Zürich angestellt war. Schliesslich obliegt die Kontrolle über das neue Doktorandenprogramm dem Direktor des Instituts für Volkswirtschaft, Ernst Fehr. Durch das Doktorandenprogramm fließt Geld und Macht von den anderen Lehrstühlen für Volkswirtschaft direkt zu Ernst Fehr und somit auch zum UBS-Center,

* Der Autor ist Mitglied im Initiativkomitee der Bildungsinitiative und aktiv in der kritischen Politik UZHÐZ. Danken möchte er David Hunziker, Rebecca Mörgen und Sharon Saameli für die zum Text führenden Diskussionen und die Unterstützung bei dessen Entwicklung und Umsetzung.

da Fehr zudem Direktor des neu gegründeten UBS-Forschungszentrums ist. Das UBS-Center selbst schreibt zu der Reform auf seiner Homepage: «The UBS Center is a main funding body for top international talent at the Zurich Graduate School of Economics. Investment in higher education and research is a key factor in preserving and further growing economic prosperity in developed economies over the long term. [...] Additional doctoral positions are intended to ensure that the Zurich Graduate School of Economics achieves a critical mass of top young talent to create a leading international graduate school [...].»

Noch deutlicher zeigt sich die Einflussnahme Privater *zweitens* bei einem ähnlich gearteten Fall an der Universität Fribourg, zumindest was den Spendenbetrag von über 100 Millionen Franken betrifft. Ende November 2007 gründete der Grossindustrielle Adolph Merkle ein mit der Universität Fribourg assoziiertes Forschungsinstitut für Nanotechnologie: das Adolph Merkle Institut (AMI). Darüber hinaus war, ähnlich wie beim UBS-Center, in der Stiftungsurkunde festgehalten, dass mit 25 Prozent des Stiftungsvermögens die Betriebs- und Volkswirtschaftslehre durch einen eigenen Lehrstuhl zu fördern sei. Dies «vor dem Hintergrund der fortschreitenden Globalisierung und der damit einhergehenden Intensivierung des Wettbewerbs auf Güter- und Dienstleistungsmärkten» (Registre du Commerce de Fribourg 2008, 6) Eine weitere Besonderheit: Der Stiftungsrat behält sich ein Vetorecht gegenüber neuen Professurberufungen am Institut vor; der Institutsdirektor darf ohne Rücksprache mit der Universität Verträge mit Dritten abschliessen, und dies «z. B. über Nutzungsrechte oder geistiges Eigentum. Denn dieses gehört – obwohl von «regulären» Uni-ForscherInnen ergründet – nicht mehr der Universität, sondern der privaten Stiftung.» (Unsereuni Fribourg 2010, 17f.) Dies widerspricht Art. 10a des kantonalen Universitätsgesetzes. Der Zufall will es, dass parallel zum Aufbau des AMI eine Reform des Universitätsgesetzes vorangetrieben wird. Diese zielt unter anderem darauf ab, «einen speziellen Status für gewisse Institute vorzusehen. [...] Gemäss Isabelle Chassot [CVP], Erziehungsdirektorin und Mitglied des Stiftungsrates [des AMI], war es so oder so vorgesehen gewesen, das Unigesetz zu revidieren.» (Haenni 2012)

Studiengebühren, Darlehen und das Weissbuch

Ein weiterer Schauplatz der neoliberalen Umgestaltung der Hochschulen sind die fast überall durchgeführten Erhöhungen der Studiengebühren der letzten Jahre. Diese Gebührenerhöhungen sind ganz im Sinne der bürgerlichen Wirtschaftsverbände. Deren Visionen einer privatisierten, neoliberalen Gesellschaft und Wirtschaft (inklusive des Bildungswesens) sind bereits im Weissbuch *Mut zum Aufbruch. Eine wirtschaftspolitische Agenda für die Schweiz* (Pury u. a. 1995) detailliert aufgezeichnet worden: Markt-

öffnung, etappenweise Privatisierung der SBB, der Stromversorgung, Selbstverantwortung in der Sozialpolitik (Workfare) und die Deregulierung und Marktförmigkeit der Hochschulen mit der Beseitigung des Staatsmonopols sind heute bereits grösstenteils umgesetzt – auch in den Köpfen der Menschen.

Die zentralen hochschulpolitischen Forderungen des Buches sind: «Im Interesse der Kostenwahrheit und als Anreiz zu kürzeren Studienzeiten sind möglichst *kostendeckende Studiengebühren* zu erheben. Im Rahmen einer marktwirtschaftlichen Organisation des Hochschulwesens müssten die Studierenden gemeinsam mit ihren Eltern grundsätzlich uneingeschränkt für die Studiengebühren aufkommen. Dort, wo dies nicht möglich ist, zum Beispiel weil die Eltern die notwendigen Mittel nicht aufbringen können, muss der Staat mit Stipendien und zinsgünstigen Darlehen einspringen. Die Finanzierung könnte zum Teil über einen speziellen Kreditmarkt erfolgen. In den Vereinigten Staaten haben sich die sogenannten «student loans» sehr bewährt. [...] Um die Voraussetzungen für einen funktionierenden Wettbewerb zu schaffen, sind zum einen gleichwertige Diplome privater Hochschulen gleich zu behandeln wie Abschlüsse staatlicher Hochschulen.» (Pury u. a. 1995, 66 f.)

Dieser Forderung wird in den letzten Jahren nun auch seitens der Hochschulräte nachgekommen. Beispielsweise ist an der ETH Zürich eine Verdoppelung der Gebühren geplant. An der Universität St. Gallen werden mit der zweiten geplanten Erhöhungsrunde die Gebühren von rund 1000 Franken (bis 2011) auf rund 1600 Franken pro Semester steigen, für AusländerInnen gar von rund 1200 Franken auf 3600 Franken pro Semester. Die gleiche Entwicklung findet an den Fachhochschulen statt.¹ Das Weissbuch ist aber nicht die Ursache der neoliberalen Umwälzung in der Schweiz, sondern stellt eine Zusammenfassung bestehender ideologischer Überlegungen und wirtschaftspolitischer Strategien dar. Es kann als Referenzpunkt dienen, an welchem die hochschulpolitische Realität und Zukunft gespiegelt bzw. vorausgesagt werden kann. Der Bologna-Prozess und die neuen Universitätsgesetze Ende der 1990er-Jahre sind aus dieser Perspektive ein Teil der neoliberalen Umwälzungen.

Neoliberalismus als sozialräumliche Ausdehnung des Kapitalismus

Im Gegensatz zur Globalisierung, welche eine Form der geografischen Ausdehnung des Kapitalismus bedeutet, ist der Neoliberalismus als eine sozialräumliche Expansion ins Innere einer bereits kapitalistischen Gesellschaft zu verstehen. Unter der Dominanz des Neoliberalismus werden Gemeingüter wie Service Public, Bildung, Wasser, aber auch der eigene Körper und die gesamte eigene Existenz in einem ersten Schritt der Transformation zu einer Ware unterzogen, in einem zweiten Schritt privatisiert

und so drittens der liberalen, marktwirtschaftlichen Logik unterworfen. Der Neoliberalismus lehnt einen eingreifenden Staat nicht ab, sondern er schreibt ihm eine aktive Rolle in der Produktion von neuen Märkten (zum Beispiel des Bildungsmarkts) zu. Aus dem Neoliberalismus lässt sich das Konzept des «Humankapitals», insbesondere der «Ich-AG» entwickeln (vgl. Stockhammer 2010, 158 f.; Dietschi 2013). Diese sozialräumliche Expansion des Kapitalismus ist nicht die Folge einer besonders bösen Ideologie, sondern eine strukturelle Notwendigkeit, um überschüssigem Kapital neue Investitionsmöglichkeiten zu bieten. Die gesellschaftliche Position der einzelnen Teilnehmenden auf einem alles durchdringenden Markt wird in der von den Erst-Welt-Ländern propagierten und angestrebten neuen «Wissengesellschaft» (respektive Wissenswirtschaft) folgendermassen bestimmt: «Die Stellung des einzelnen innerhalb der gesellschaftlichen Beziehungen wird zunehmend von seiner Fähigkeit zum Lernen und der Beherrschung von Grundkenntnissen bestimmt. Die Einstufung *jedes einzelnen nach seinem Wissen und seiner Kompetenz* [sic] wird daher künftig entscheidend sein.» (European Commission 1996, 17)

Die Hochschulreformen der letzten zehn bis fünfzehn Jahre, welche unter dem Namen Bologna-Prozess subsumiert werden, können analog zum oben genannten neoliberalen (sich überlagernden) Drei-Phasen-Modell beschrieben werden. Erstens wurde die Bildung über ECTS-Punkte, Modularisierung und verschiedenste Rankings quantifiziert, anhand privatwirtschaftlicher Orientierung standardisiert und so schrittweise einer Transformation zur Ware unterzogen. Gleichzeitig wurde zweitens ein gemeinsamer (europäischer) Hochschulmarkt etabliert, in welchem staatliche Universitäten durch New-Public-Management-Reformen zu profitorientierten Unternehmen umgebaut und durch Drittmittel schleichend privatisiert werden. In diesem neuen Markt konkurrieren drittens nun neu private mit staatlichen Bildungsanbietern auf dem Markt um Drittmittel sowie um die besten, ressourcenreichsten Ich-AGs respektive Studierenden und Dozierenden.

Die Bologna-Reform: Von Humboldt zu Hayek

«Ich entscheide. Ich unterschreibe. Egal, was ihr denkt.» (Daum 2012) So in etwa soll es zugegangen sein, als Charles Kleiber, der damalige Staatssekretär für Bildung und Wissenschaft der Schweiz, 1999 kurz vor der Unterzeichnung der Bologna-Deklaration ein letztes Mal mit einigen RektorInnen sprach. Die Unterzeichnung der Bologna-Deklaration wird verschiedentlich als undemokratisch gerügt. Da die Deklaration jedoch lediglich eine nicht verbindliche Absichtserklärung darstellte, zielt diese Kritik ins Leere. Es stimmt, dass durch die Unterzeichnung der Deklaration die grösste Bildungsreformlawine der schweizerischen Geschichte los-

getreten wurde. Die Deklaration an sich «passte [jedoch] gut in ein bereits begonnenes Reformprogramm und diente lediglich als Legitimationsbezug und Katalysator. [...] «Bologna» wirkte eher als Label» (Gemperle / Streckeisen 2011, 247f.), unter welchem die verschiedenen, auch in der Deklaration erwähnten Reformvorhaben subsumiert werden konnten. Rechtlich bindend hingegen war das General Agreement on Trade in Services 1995, das Bildung als handelbare Dienstleistung definierte. Die Reformen selbst wurden zwar dank dem neuen Universitätsförderungsgesetz von den Bundesbehörden institutionell koordiniert und gerahmt, die operative Umsetzung und Durchführung der Reform wurde aber eher dezentral von den Universitäten selbst durchgeführt. Diese universitäre Autonomie wurde möglich durch verschiedene Universitätsgesetzreformen: ETH Zürich und EPFL Lausanne 1993, St. Gallen 1995, Basel 1996 und Zürich 1998.

Durch die Gesetzesreform wurde die Universitätsleitung, allen voran der Rektor, gestärkt. Zudem wurde ein neues, autonomes Leitungsgremium, der Hochschulrat, gegründet. Dieses Gremium entspricht dem Verwaltungsrat einer privatwirtschaftlichen Firma, welcher mit Führungspersonen aus der Kulturindustrie und der Wirtschaft besetzt und in Zürich vom Regierungsrat gewählt wird (Gemperle / Streckeisen 2011, 256). Unter diesen Gesichtspunkten bedeutet die neue Autonomie der Universität, dass die wichtigsten unipolitischen Entscheidungen in einer Dunkelkammer von einem privatwirtschaftlich geprägten Verwaltungsrat schneller getroffen und konsequenter umgesetzt werden können, ohne auf bürgerlich-demokratische Entscheidungsprozesse Rücksicht nehmen zu müssen.

Eine konkrete Folge der Bologna-Reform ist der Druck, vorgeformte Informationshäppchen und Credits in vorgegebener Zeit zu konsumieren respektive zu akkumulieren. Das bildungsbürgerliche, humanistische *Bildungsverständnis* (Humboldt-Uni) wendet sich zu einem konsumistischen, nutzen- und marktorientierten, der Verwertungslogik folgendem *Ausbildungsverständnis* (Humankapital- und Ich-AG-Uni respektive Hayek-Uni). Noch 1988 war das traditionelle Bildungsverständnis tief verankert. In der damals von über 500 europäischen Rektoren und Rektorinnen unterzeichneten «Magna Charta Universitatum» war die Rede von einer «humanistischen Kultur, die durch die Universitäten weitergegeben werden muss. Die Wissensgesellschaft ist noch kein Thema, universales Wissen steht im Vordergrund.» (Müller 2012, 95)

Der Wechsel von Humboldt zu Hayek wird auch in einem Arbeitsbericht der Schweizerischen RektorInnenkonferenz 2001 deutlich, in welchem die Rede ist vom «bedeutsamste[n] Studienreform-Prozess seit der Einführung der Humboldt-Universität» (Bologna-Koordination Projektleitung 2001, 21). Der Bericht stellt die Bologna-Reform in einen sich gegenseitig

überlagernden Kontext verschiedener Teilprozesse «wie Globalisierung, Anglisierung, Ökonomisierung und Informatisierung des höheren Bildungswesens, säkularer sozialökonomischer Wandel (neue Erfordernisse der Wissensgesellschaft des 21. Jahrhunderts bezüglich Ausbildung und Arbeitswelt), europäische Integrationsanliegen sowie Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit Europas gegenüber den USA und Japan» (ebd.).

Die Reform entstand nicht im luftleeren Raum. Nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion wurden bereits im Vertrag von Maastricht in Art. 126 folgende Ziele festgehalten: Entwicklung der europäischen Dimension im Bildungswesen, Förderung der Mobilität, Anerkennung von Diplomen und Studienzeiten (Europäische Gemeinschaft 1992, 46 f.). Fast zeitgleich mit dem schweizerischen Weissbuch *Mut zum Aufbruch* publiziert die Europäische Kommission das Weissbuch *Lehren und Lernen*. In den folgenden Passagen sind das ideologische Fundament und die Stossrichtung der Hochschulpolitik ersichtlich: «Investitionen in Immaterialgüter und volle Nutzung der Humanressourcen steigern die allgemeine Wettbewerbsfähigkeit unserer europäischen Gemeinschaften, entwickeln die Beschäftigung und tragen dazu bei, die sozialen Errungenschaften zu bewahren.» (European Commission 1996, 17) Und auf Seite 62: «Für die Schule im weitesten Sinn – von der Primarstufe bis zur Hochschule – geht es darum, das vermittelte Wissen an die Beschäftigungsmöglichkeiten anzupassen.» (ebd.) Diese Schaffung eines europäischen, kompetitiven Hochschulraums, in welchem Studienleistungen quantitativ mit ECTS-Punkten gemessen und den Bedürfnissen der Wirtschaft angepasst werden, fand weiteren Niederschlag in der Lissabon-Konvention von 1997 und der Sorbonne-Deklaration von 1998. 1999 wurde dann feierlich unter Namensaufrufung die Bologna-Deklaration unterzeichnet. Sie betont und bekräftigt die vorherigen Punkte und erklärt als Ziel: «Die Schaffung [eines] europäischen Hochschulraumes als Schlüssel zur Förderung der Mobilität und arbeitsmarktbezogenen Qualifizierung seiner Bürger und der Entwicklung des europäischen Kontinents insgesamt. [...] Insbesondere müssen wir uns mit dem Ziel der Verbesserung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit des europäischen Hochschulsystems befassen.» (Bologna-Deklaration 1999, 3 f.)

Zahlen und Statistiken: Lebensverhältnisse der Studierenden

Durch die Bologna-Reform ist die Finanzierung des Studiums durch Nebenerwerbsarbeit schwieriger geworden. In der quantifizierenden Logik des Bologna-Systems (1 ECTS = 30 Arbeitsstunden, 1 Semester = 30 ECTS) müssen Studierende, um einen Bachelorabschluss in Regelstudienzeit abzuschliessen, einen Arbeitsaufwand von 1800 Stunden pro Jahr abarbeiten. Dies ergibt allein für das Studium eine 35-Stunden-Woche ohne Ferien. In

der Erhebung des Bundesamtes für Statistik (BFS) im Jahr 2009 über die soziale und wirtschaftliche Lage der Studierenden ist die Rede von einem Rückgang der studentischen Erwerbstätigkeit von 78 Prozent im Jahr 2005 auf 75 Prozent. Ob dieser Rückgang mit dem Bologna-Prozess zusammenhängt, ist nicht klar, jedoch aufgrund der Anwesenheitspflicht zumindest eine Teilerklärung. Der Rückgang könnte auch mit einer sich verschlechternden Arbeitsmarktsituation aufgrund der Weltwirtschaftskrise seit 2007 zusammenhängen. Von den 25 Prozent der nicht werktätigen Studierenden haben 15 Prozent trotz Suchbemühungen keinen Job gefunden. 2005 waren es noch rund 9 Prozent. Weitere 72 Prozent führen an, dass die Studienbelastung zu hoch für einen Job sei. 40 Prozent der Studierenden an den Universitäten arbeiten zu einem Anstellungsgrad von 20 Stellenprozenten oder mehr. Ein Viertel arbeitet gar 30 Prozent oder mehr. Knapp zwei Drittel der Studierenden arbeiten zudem während des Semesters (vgl. BFS 2010, 84 f.).

Diese Zahlen allein sagen zwar noch nichts über die materielle Notwendigkeit einer Lohnarbeit aus. Hierzu ist aber zu lesen, dass 47 Prozent der erwerbstätigen Studierenden einer Lohnarbeit nachgehen, weil es unbedingt notwendig sei (ebd., 93). Den Grossteil der Lebenshaltungskosten macht die Wohnungsmiete aus (vgl. Abbildung).

Monatliche Ausgaben von Studierenden nach Wohnform, 2005 und 2009 (in Franken)

Ausgaben	Im Elternhaus		Ausserhalb des Elternhauses	
	2005	2009	2005	2009
Ausgaben für Wohnen	390.–	340.–	1070.–	1020.–
Unterkunft	20.–	20.–	620.–	600.–
Nahrung	300.–	260.–	360.–	350.–
Kommunikation	70.–	60.–	90.–	70.–
Ausgaben für das Studium	350.–	330.–	330.–	320.–
Studiengebühren und Kosten für Studium	210.–	190.–	210.–	200.–
Transport	140.–	140.–	120.–	120.–
Andere Ausgaben	600.–	540.–	570.–	530.–
Gesundheit	190.–	180.–	180.–	180.–
Kleidung	100.–	120.–	100.–	100.–
Freizeit	220.–	140.–	200.–	130.–
Andere Posten	90.–	100.–	90.–	120.–
Total	1340.–	1210.–	1970.–	1870.–
Bemerkung: Werte 2005 zu den Preisen von 2009 (um die Teuerung von 3,7% zwischen 2005 und 2009 zu berücksichtigen). Beträge gerundet auf 10 Franken.				

Quelle: BFS 2010, 108

Während 40 Prozent der Studierenden zu Hause wohnen und durchschnittlich 1210 Franken pro Monat für den Lebensunterhalt aufwenden müssen, muss der Rest der Studierenden 1870 Franken monatlich an Einkommen neben dem Studium generieren. Die Mietkosten machen für letztere mindestens 30 Prozent eines Monatsbudgets aus (ebd., 9, 108).

Die eingangs erwähnten und weitere, längerfristig geplante Studiengebührenerhöhungen haben konkret zur Folge, dass Studierende pro 600 Franken mehr Studiengebühren – bei einem vergleichsweise guten Stundenlohn von 25 Franken – im Semester pro Woche eine Stunde mehr arbeiten müssen. Bei 2500 Franken Gebühren pro Semester oder mehr würde dies eine zusätzliche Arbeitszeitbelastung von mindestens vier Arbeitsstunden die Woche bedeuten.

Analyse der Situation und Perspektiven für die Praxis

Für die kommenden Jahre kristallisieren sich folgende Brennpunkte heraus. Erstens: Aufgrund der verschiedenen konsultierten «Weissbücher» und der in den letzten beiden Jahren erfolgten (schleichenden) Studiengebührenerhöhungen lässt sich vermuten, dass die Angriffe auf das relativ tiefe Studiengebührenniveau intensiviert werden. Zweitens: Durch die urbane Wohnsituation der Studierenden und die steigenden ÖV- und Krankenkassenpreise wird die materielle Situation der Studierenden, analog zur gesamten lohnabhängigen Bevölkerung, noch prekärer werden. Drittens: Sobald ein gewisses Studiengebühren- und/oder Lebenshaltungsniveau erreicht ist, wird ein (sozialverträglicher) Darlehensmarkt als Lösungsvorschlag angeboten – die Prekarisierung wird dadurch zeitlich nach hinten verschoben. Viertens: Unerwähnt geblieben, aber in Bezug auf die materielle Situation höchst wichtig ist die Entwicklung der sogenannten Generation Praktikum. Auch die finanzielle Existenz von StudienabgängerInnen ist heute unsicher, wodurch wiederum eine Angleichung an die Situation der allgemeinen lohnabhängigen Bevölkerung stattfindet. Fünftens: Durch die umgesetzten Hochschulreformen und die beiden genannten Drittmittel-Präzedenzfälle wird sich die schleichende Privatisierung auf dem Weg der strengen Drittmittelverträge verschärfen.

Es lassen sich also zwei Analyseebenen benennen: Einerseits das ideologische Feld, an welchem (symbolisch) die Gegensätze zwischen kapitalistischem Versprechen und kapitalistischer Realität aufgezeigt wird. Andererseits das materielle Feld, in welchem die Studierenden nicht mehr eine diffus eigenständige Kategorie, sondern einfach ein Spiegelbild der alltäglichen Klassengegensätze (inklusive ihrer Differenzierungsprobleme) darstellen. Somit ist es falsch, sich für *die Studierenden* einzusetzen. Linke Bildungspolitiker und Bildungsaktivistinnen sollten sich für die *prekarierten Studierenden* einsetzen. Deren Interessen sind völlig andere als

die der «Goldküsten-Studierenden», welche das gesamte Studium aus der Spesenkasse des Vaters bezahlt bekommen. Weiter lässt sich festhalten, dass in der neuen neoliberalen Denklogik – mit der damit einhergehenden wirtschaftspolitischen Neuausrichtung auf eine Wissensgesellschaft im internationalen Wettbewerb – die Zeiten des humanistischen Bildungsidealismus vorbei sind. Studierende werden zu Kunden, die in die eigene Ich-AG investieren, und sie haben dieses Denkmuster grösstenteils bereits inkorporiert. «Im Selbstverständnis der Studierenden im Studium geht es nicht mehr um freie Bildung für die Teilnahme an einer gebildeten bürgerlichen Gesellschaft. Das Studium verstehen sie in erster Linie als Eintrittsticket in die Arbeitswelt und es wird von ihnen auch so organisiert.» (Kapfinger 2012b, 57)

Die Zeiten, in welchen Studierende als Bildungselite der Gesellschaft Freiräume zur partiellen Selbstverwirklichung geniessen konnten, um dem Kapitalismus eine seiner Legitimationsgrundlagen zu liefern, sind vorbei. Heute sind die Universitäten und die Fachhochschulen Massenabfertigungsbetriebe, welche für den Markt und die Wissensgesellschaft intellektuelle FließbandarbeiterInnen ausbilden. Die Forderungen *Bildung ist keine Ausbildung*, *Bildung ist keine Ware* und *Bildung ist ein Menschenrecht* können weiterhin gestellt werden. Sie sollten aber nicht rückwärtsgerichtet dem verlorenen Bildungsideal zugewandt sein. Die neue Hayek-Uni ist, wie erwähnt, nicht der böse ideologische Zwilling eines möglichen guten Kapitalismus, sondern eine strukturelle Notwendigkeit. Deswegen können die genannten Forderungen auch keine konkreten Ziele für eine rückwärtsgerichtete Reform darstellen. Sie können lediglich ein Fingerzeig oder eine Fackel sein, welche die Möglichkeit einer anderen Gesellschaft erhellt und dazu dient, die Widersprüche und Klassegegensätze im Kapitalismus aufzuzeigen. Zudem können diese Forderungen dazu dienen, wieder offen und offensiv die Vision einer anderen Gesellschaft darzulegen, in welcher Bildung tatsächlich die humanistischen respektive sozialistischen Versprechen der Selbstverwirklichung erfüllt, welche im heutigen Stadium der kapitalistischen Gesellschaft nicht mehr erfüllt werden können.

Durch die neue hayeksche Uni ergeben sich aber auch Chancen. Forderungen nach besseren Betreuungs- und Raumverhältnissen können mit der Forderung nach besseren Arbeitsbedingungen verglichen werden. Kämpfe um eine tiefere Studiumsbelastung sind gleichbedeutend mit Kämpfen um tiefere Arbeitszeiten. Kämpfe um höhere Löhne hier sind Kämpfe gegen Bildungsgebühren dort. Hier wie dort gilt es die sozialen Probleme, welche in gleicher Masse auch die Studierenden zu ergreifen beginnen, als neue thematische und programmatische Kern-Ausrichtung zu fassen. Durch diese neue Situation lassen sich soziale Brennpunkte ver-

binden. Sie kann zudem bei Studierenden «zu einer Einsicht in die eigene Klassenlage [führen] [...] [und die Studierenden] können mit ihren spezifischen Fähigkeiten – zum Beispiel gesellschaftstheoretisches oder juristisches Wissen – andere Menschen [bei sozialen Kämpfen] unterstützen, wie umgekehrt diese mit ihren Fähigkeiten [die] Studierenden» (Kapfinger 2012b). Anhand der neuen Leitungsstrukturen und der privatwirtschaftlichen Einflussnahme lässt sich zudem aufzeigen, dass die vorherrschende Ideologie die Ideologie der herrschenden Verhältnisse ist und wessen Interessen diese Strukturen dienen.

Durch die tief greifenden strukturellen Reformen entstehen neue Möglichkeiten einer Zusammenarbeit zwischen Studierendengruppen und Gewerkschaften respektive Stadtentwicklungsgruppen. Hier sollte eine Vernetzung und Zusammenarbeit angestrebt werden. Da sich, zumindest in der Deutschschweiz, die universitäre Linke in einem recht unorganisierten Zustand zeigt, wäre ein proaktives Zugehen der gewerkschaftlichen Kreise auf die Studierendenpolitik sicherlich ein hilfreicher Impuls. Damit eine Zusammenarbeit aber sinnvoll ist, braucht es auch eine gewisse Professionalisierung bestehender linker Studierendengruppen. Hierbei können bestehende Strukturen mit Know-how und Ressourcen Hilfestellung leisten. Dass unter Professionalisierung nicht Verknöcherung gemeint ist, legt Emanuel Kapfinger in seiner Analyse der 2009/2010er-Proteste schön dar: «Einer meiner grössten Kritikpunkte am Studierendenprotest 2009/10 war die eventmässige Ausrichtung. Bedürfnisse auf Institutionalisierung und Formalisierung von Prozessen wurden von vornherein zurückgewiesen oder entstanden gar nicht. [...] Es gab einen regelrechten Affekt gegen die Organisationsfrage (allgemeiner würde ich sogar sagen, gegen strategisches Denken überhaupt). Die längerfristige Aufrechterhaltung von Bewegungen [...] lässt sich nur durch den Aufbau einer Organisation mit der Delegation von Funktionen an kompetente Einzelne, der Akkumulation von Erfahrung und politischem und praktischem Wissen und in diesem Sinn der Verstetigung der Abläufe bewerkstelligen. Insofern halte ich den Zusammenbruch der Bewegung auch für eine Folge einer falschen Einstellung zu dieser Frage.» (Kapfinger 2012a)

Zusammenfassend kann als wegweisende hochschulpolitische Perspektive festgehalten werden: Weg von der bildungsidealistischen Bologna-Kritik, hin zu einer Thematisierung sozialer Probleme der Studierenden, bei welcher die Bildungsfrage als wegweisende Fackel für eine andere Gesellschaftsvision dienen kann.

Anmerkung

1. Einen grafisch gut umgesetzten und umfassenden Überblick über die verschiedenen Studiengebührenerhöhungen an den Universitäten und Fachhochschulen liefert der Artikel «So teuer sind die Schweizer Hochschulen», NZZ-Campus, 4.9.2012. www.campus.nzz.ch/politik/so-teuer-sind-die-schweizer-hochschulen (Abfrage 4.6.2013).

Literatur

- Bologna-Deklaration, 1999: Der Europäische Hochschulraum. Gemeinsame Erklärung der Europäischen Bildungsminister. Bologna
- Bologna-Koordination Projektleitung (Hg.), 2001: Der «Bologna-Prozess» in der Schweiz. Eine Auswahl zentraler Dokumente der ersten Koordinationsphase (Ende 1999 bis Sommer 2001). Bern. www.crus.ch/dms.php?id=4294 (Abfrage 4.6.2013)
- Bundesamt für Statistik, 2010: Studieren unter Bologna. Hauptbericht der Erhebung zur sozialen und wirtschaftlichen Lage der Studierenden an den Schweizer Hochschulen 2009. Neuchâtel
- Daum, Matthias, 2012: Bologna-Reform: «Sie können das nicht unterzeichnen!». Wie sieben Männer die grösste Revolution an den Schweizer Universitäten anzetteln. Die unglaubliche Geschichte der Bologna-Reform. In: Zeit online, 19.12.2012. www.zeit.de/2012/52/Bologna-Reform-Universitaeten-Schweiz/komplettansicht (Abfrage 4.6.2013)
- Dietschi, Andreas, 2013: Gleichheit statt Chancengleichheit! In: vpod bildungspolitik, 182, 17
- Europäische Gemeinschaft, 1992: Vertrag über die europäische Union
- Europäische Kommission (Hg.), 1995: Weissbuch zur allgemeinen und beruflichen Bildung. Lehren und Lernen – auf dem Weg zur kognitiven Gesellschaft. Luxemburg
- Gemperle, Michael / Streckeisen, Peter, 2011: Der Bologna-Prozess als Kristallisationspunkt neoliberaler Umgestaltung der schweizerischen Hochschulen. In: Rainer Pöppinghege / Dietmar Klenke (Hg.): Hochschulreformen früher und heute – zwischen Autonomie und gesellschaftlichem Gestaltungsanspruch. Köln, 247–262
- Haenni, Urs, 2012: Sonderfall in der akademischen Landschaft. In: Freiburger Nachrichten, 19.5.2012
- Kapfnger, Emanuel, 2012a: Bildungsstreik als kollektive Verweigerung von Studienleistungen? Strategische Überlegungen für die Zukunft des Studierendenprotests. In: tanz auf dem vulkan. www.tanzaufdemvulkan.wordpress.com/2012/10/13/bildungsstreik-als-kollektive-verweigerung-von-studienleistungen (Abfrage 4.6.2013)
- Kapfnger, Emanuel, 2012b: Zur Strategie des Studierendenprotests in der gegenwärtigen Krise des Kapitals. In: Alp Kayserilioglu (Hg.): tanz auf dem vulkan. zeitschrift in der krise. Frankfurt am Main, 54–57. www.tanzaufdemvulkan.files.wordpress.com/2012/05/inhalt-krisenzeitung.pdf (Abfrage 4.6.2013)
- Müller, Barbara, 2012: Die Anfänge der Bologna-Reform in der Schweiz. Rekonstruktion, Kontextualisierung und Rezeption des hochschulpolitischen Prozesses aus akteurtheoretischer Perspektive. Bern
- Pury, David de / Hauser, Heinz / Schmid, Beat (Hg.), 1995: Mut zum Aufbruch. Eine wirtschaftspolitische Agenda für die Schweiz. Zürich
- Registre du Commerce de Fribourg, 2008: Stiftungsurkunde der Adolph Merkle Stiftung. Freiburg
- Stockhammer, Engelbert, 2010: Was ist Neoliberalismus? Überlegungen wirtschaftspolitischer Reaktionen auf die Finanz- und Wirtschaftskrise. In: Walter Ötsch / Katrin Hirte / Jürgen Nordmann (Hg.): Krise! Welche Krise? Zur Problematik aktueller Krisendebatten. Marburg, 147–160
- Unsereuni Fribourg, 2010: «Den reellen Bedürfnissen des Marktes entsprechen». Wie die Universität Freiburg durch eine Millionen-Schenkung zur Vorreiterin eines privatwirtschaftlich orientierten Universitätsmodells wird. In: denkzettel, Nr. 2